

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker
und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rildersdorferstr. 44. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementpreis pro Quartal 80 Pfg. (ohne Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 1,20 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Schriftleitung:

Berlin O., Rildersdorferstraße 44.

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen u. sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluß der Redaktion: Dienstag abends 7 Uhr.

Nummer 13.

Berlin, den 1. April 1906.

7. Jahrgang.

**Kollegen! Trefft Vorkehrungen zur Frühjahrs-Agitation.
Ein Jeder sei ein Agitator.**

Inhaltsverzeichnis.

Die Arbeitgeberverbände im Baugewerbe. — Die Ausbreitung der Tarifbewegung. — Badener Brief. — Rundschau: Die christliche Gewerkschaftsliga in Duisburg. Mit welchen Mitteln die Fachabteilungsmitglieder agitieren. Die günstige Konstellation. Anmerkenswerte Ereignisse. — Aus unserer Bewegung. — Bekanntmachung. — Verbandsnachrichten: Köln. Essen. (Hilf.) Bielefeld. Glinde-Drahthausen. Wanne. Eitel. Neuhof. Fulda. Freiligrath-Gesamtheit. Gattlingen. Dänneburger Heide. Oster-Marienburg. Münster. Sandau. Niederbröhen. — Aus den Gewerkschaften. — Bauunfall. — Gerichtliches. — Bekanntmachungen. — Versammlungskalender. — Anzeigen.

Die Arbeitgeberverbände im Baugewerbe

wickeln sich in bezug auf die Anzahl der Mitglieder und die sonstigen Maßnahmen, die nicht immer erfreulicher Natur für die Bauarbeiter sind, immer besser. Mitte März hielt der „Arbeitgeberbund für das deutsche Baugewerbe“ seine Generalversammlung in München ab. Es gehörten dem Ende 1905 159 Verbände mit 8400 Mitgliedern an, gegen 7768 Mitglieder Ende 1904. Eine große Anzahl Verbände mit 5500 organisierten Unternehmern stehen dem Bund noch fern. Somit wäre die ungefähre Anzahl der in die einzelnen Sozial- und Berufsverbände — 13900 organisierten Bauunternehmer. Nach dem Bericht der „Baugewerkschaft“ dürfte zu dem Geschäftsbericht der Bundesvorstände festgestellt sein, daß der Bund entgegen der Erwartungen mehr leisten könne, wenn sich die bestehenden Orts-Verbände anschließen würden. Die jetzige Kraft des Bundes liege noch allein in den einzelnen Landes- resp. Bezirksverbänden und in einzelnen lokalen Sozialverbänden, deren Zahl aber verhältnismäßig gering sei. Der Bund als solcher werde erst dann sein Gewicht in die Waagschale werfen können, wenn er dreimal so stark sein und über das entsprechende Kapital verfügen werde. — Der Bund sei eine Kampforganisation, die zwar den Kampf nicht sucht, den aufgedrungenen Kampf aber auch nicht scheuen dürfe. Es wird um so friedlicher, je stärker er werde; er verfolge aber auch ideale Ziele, und zwar, den deutschen Bauarbeitern die Selbstbestimmungsrecht auf dem eigenen Bau- und Werkplatz zu erhalten. Ein weiteres ideales Ziel sei die Schaffung von Tarifverträgen, die natürlich von beiden Seiten gefaßt werden müßten. Ferner sei zu streben, daß streikende Arbeitnehmer in anderen Orten beschäftigt werden. Mit Erreichung dieser beiden Ziele stehe und falle der Bund. — Der Bund brauche die weiteren Fortschritte der Arbeiterorganisationen nicht zu scheuen, wenn er nur selbst erstärke; man könne im Gegenteil die weitere Organisation der Arbeiter nur wünschen, in das erstrebenswerte Ziel, starke Verbände auf beiden Seiten; dann werde es auch stets zu ehrenvollen Verhandlungen und zu einem ehrenvollen Frieden für beide Seiten kommen können. Ein starker Arbeitgeberbund bestehe den Frieden für das Baugewerbe. Und darum, so hofft Redner seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen, rufe ich Ihnen zu: „Seid einig, einig, einig!“

Diese Ausführungen passen wie die Faust aufs Auge in den indifferenten Arbeiter und sollte jenen so oft möglich vorgelesen werden. Was die Sache selbst anbelangt, so ist leider die Praxis der Herren vom Arbeitgeberbunde oft eine ganz andere, wenn sie auch schon gelernt haben. Anerkennen wollen wir aber, daß ihre Kollegen von den verschiedenen anderen Gewerben, insbesondere die Industrieritter, in sozialer Beziehung weit voraus sind.

Die Tagung behandelte dann das Thema: „Einführung von unparitätischen Arbeitsnachweisen“. Der Redner Helm-Stettin führte aus, daß man die Sache nicht so knie brechen könne, überdies herrsche in den Verbänden für diese Frage noch sehr wenig Verständnis. Von 159 Verbänden hätten nur 51 das Rundschreiben beauftragt dieser Angelegenheit beantwortet. Wollte man hier die Vorstände ausdeutern, so könne das leicht zu der Sprengung des Bundes führen.

In der Diskussion sprachen Freunde und Gegner der Sache, insbesondere hoben die Gegner hervor, daß man Gewerkschaften anerkennen müsse und die unparitätischen Arbeitsnachweise meist Zwiststoff seien. Zu einer Beschlußfassung über diesen Punkt kam es nicht, sondern soll die Einführung solcher Nachweise den einzelnen Orten überlassen bleiben.

Die Arbeitsnachweisfrage wird das Schmerzenskind des Baugewerbes bleiben, entschieden zeitgemäßer wäre es, wenn die Herren auch hier die Einseitigkeit an die Seite stellen würden. Andererseits liegen die Dinge so, daß auch seitens der Gewerkschaften in dieser Beziehung der Konsequenz immer Rechnung getragen wird.

Eine andere Frage, die den Bund beschäftigte, war die der „Streitversicherung“. Aber auch hier mußte die Praxis wieder die Theorie üben lassen. Der Berichterstatter Vahl-Berlin sagte, daß die Sache äußerst schwierig sei, sowohl in finanzieller wie technischer Hinsicht. Auch fehlt es jetzt noch an jeglicher Unterlage. Bemerkenswert ist, daß die Streitversicherungsgesellschaft „Industria“, welche wohl speziell für die Industriellen eingerichtet war, wieder eingegangen ist. So beschränkte sich der Bundeskongress auf folgende Resolution:

„Die siebente ordentliche Generalversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe hält die Frage der Streitversicherung für zurzeit noch nicht genügend geklärt, um sie mit der notwendigen Erfolgssicherheit praktisch lösen zu können. Sie beschließt daher von der Einführung einer Streitversicherung für das Baugewerbe Deutschlands noch solange Abstand zu nehmen, bis die einschläglichen Verhältnisse eine sichere Urteilsbildung und Minderung des Risikos gewährleisten. Sie beauftragt die Bundesleitung, die Frage auch fernerehin mit Aufmerksamkeit zu verfolgen und zu studieren und das weitere Ergebnis der nächstjährigen Generalversammlung zur erneuten Beschlußfassung zu unterbreiten.“

Nach Erledigung einer Reihe von internen Angelegenheiten, wie Auflösung des Aufsichtsrats, Vorstandswahl usw., gelangte man zu der Erledigung von Anträgen. Als solcher wird auch die Einführung der Streikklause in den Bau- und Beförderungsverträgen vor allem bei den Behörden und gesetzgebenden Körperschaften vorgebracht. Es erfolgte hier die Mitteilung, daß diese Korporationen noch nicht entsprechend geneigt seien und man schlechte Erfahrungen damit gemacht habe. „Zunächst müsse auf eine wirksamere und allgemeinere Einführung der Streikklause bei Privaten hingewirkt und erst, wenn dies gelungen, erneut an die Behörden herangekommen werden.“ Die Sache selbst muß von den Gewerkschaften scharf im Auge gehalten werden, da es den Unternehmern, wir erinnern an Hamburg usw., schon tatsächlich gelungen ist, die Streikklause in die Bauverträge hineinzubekommen. Sie ist ein wesentlich mitbestimmender, ja ausschlaggebender Faktor in gelegentlichen Arbeitskämpfen. — Der Vorstand wurde dann beauftragt, die Streikklause neu zu formulieren und den einzelnen Verbänden bekanntzugeben.

Am 2. Verhandlungstage wurde zunächst ein ausführlicher Bericht gegeben über die Bestrafung der Meister von Konstanz. Letztere wurden bekanntlich auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung wegen Boykott von Nichtmitgliedern zu 1 Tag Gefängnis resp. 40 M. Geldstrafe verurteilt.

Es ist das bis heute der einzig dastehende Fall, ein Beweis, daß die Frau Justitia für diese Leute eine andere Spruchpraxis beibehält, wie für streikende Arbeiter. Natürlich waren die Herren sich darin einig, daß dieser Fall ein schreiendes Unrecht sei!

Es folgte sodann die Berichterstattung über den Verlauf der Streiks und Aussperrungen von 1905. Anscheinend hat das Münchener Bier hier einen Einfluß ausgeübt, denn ein Bericht sagt, daß die Sache ziemlich langweilig und uninteressant gewesen sei. Im übrigen heißt es, der Streik und die Aussperrung seien ähnlich verlaufen, wie die anderen! Der nächste Bundeskongress soll in Köln tagen. — Zweifelsohne hat München und seine Eigenheit auf die Herren seinen Reiz ausgeübt, denn so arg temperamentvoll, wie üblich, scheint die Tagung nicht gewesen zu sein.

Die „N. W. Westf. Arbeitgeberzeitg.“ wünscht denn auch schon mehr frischen Zug und Anschluß an die Industrieverbände. Jedenfalls haben wir als Bauarbeiter alle Veranlassung, unausgesetzt auf dem Posten zu sein, und unsere Verbände gut auszubauen und auszubreiten, damit, wenn man uns nicht lieben will, doch wenigstens fürchten muß.

Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet geht die Zentralisierung der einzelnen Berufsverbände der Bau- und Gewerbetreibenden unausgesetzt vor sich. So haben sich die Vereinigungen der Plattenlegermeister bereits dem dortigen Bund am 19. März angeschlossen, und ist die Gründung eines Dachdeckermeister-Verbandes dortselbst ebenfalls erfolgt. Der letztere Verband nennt sich „Verband rheinisch-westfälischer Dachdeckermeister“. Es traten sofort 58 Meister demselben bei. Der Sitz ist in Dortmund.

Die Ausbreitung der Tarifbewegung

tommt recht deutlich zum Ausdruck in den soeben erschienenen Jahresberichten der bayerischen Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1905. Von allenthalben wird der neue Abschluß bezw. die Erneuerung bestehender Tarifverträge gemeldet, die besonders aus dem Bestreben der Arbeiter, die Arbeitszeit zu verkürzen, hervorgehen und zugleich mit einer solchen Lohnhöhung

gen, Festsetzung von Mindestlöhnen nach Alter und Leistung, der Vergütung von Ueberstunden für Nacht- und Sonntagsarbeit usw. bringen. Der Beamte für den Bezirk Oberbayern konstatiert das Bestehen von Tarifverträgen allein für 16 Branchen in seinem Bezirke. Sein Urteil über dieselben lautet:

Soweit die Stimmung der beteiligten Arbeitgeber bekannt ist, werden die Tarifverträge auch von diesen Kreisen vielfach anerkannt beurteilt. Fälle von Tarifbruch sind selten; es ist nur ein solches bekannt geworden, und zwar hatte im Frühjahr 1905 das Gewerbegericht München Veranlassung, einen Arbeiterausstand im Stukkaturgewerbe als Tarifbruch zu erklären. Darauf erfolgte die Wiederaufnahme der Arbeit und später einigten sich die Meister und Gehilfen zu einem neuen Tarife.

Und in den dem Jahresberichte beigegebenen Erhebungen über die wirtschaftliche Lage der gewerblichen Arbeiter Bayerns erklärt derselbe Beamte:

Im ganzen läßt sich sagen, daß die Tarifverträge in den letzten zwei Jahren sehr wesentliche Fortschritte gemacht haben, was angesichts des günstigen Einflusses, den derartige Vereinbarungen im allgemeinen auf das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben, nur begrüßt werden kann.

Daß demgegenüber auch auf Seite der Arbeitgeber bezw. deren Vertreter nicht immer im Geiste der Tarifverträge gehandelt wird, zeigt ein Beispiel aus der Oberpfalz, wo bei einer Tarifforderung rein willkürliche Änderungen der Akkordsätze vorgenommen wurden. Der Beamte für Niederbayern konstatiert für seinen Bezirk das Bestehen von Tarifverträgen für fünf Industriezweige, derjenige für die Pfalz in sieben — hier wurden zwei Tarifverträge durch Vermittlung des Gewerbegerichts abgeschlossen — usw. usw. In den eben genannten Erhebungen stellt der Beamte für Niederbayern fest, daß die Einführung von Tarifen sich insofern bewährt hat, als Arbeitsstörungen längerer Dauer unterbunden sind und bessere Zufriedenheit unter den Arbeitern herrscht. In der zusammenfassenden Einleitung zu den Einzelberichten wird bedauert, daß bei dem Zustandekommen der Tarifvereinbarungen die Arbeiterausschüsse leider nicht mitgewirkt hätten, obwohl gerade sie die eigentlichen berechtigten Vertreter der lokalen Interessen ihrer Mitarbeiter wären. Diese Gleichgültigkeit und schwache Stellungnahme der Ausschüsse dürfte nicht geeignet sein, das Vertrauen der Arbeiter zu den von ihnen gewählten Vertretern zu stärken. — Dazu ist wohl zu bemerken, daß, soweit es sich um Vereinbarungen in einem einzelnen Betriebe handelt, diese Lage vollumfänglich ist. Wo jedoch solche Vereinbarungen eine Mehrzahl von Betrieben umfassen, treten naturgemäß die Arbeiterausschüsse hinter den gewerkschaftlichen Organisationen als Kontrahenten zurück; das schließt aber nicht aus, daß die Arbeiterausschüsse auch hier in nebenstehenden Dingen eine nützliche Rolle spielen können.

Im übrigen dürfte aus der Lage der Gewerbeaufsichtsbeamten hervorgehen, daß die Arbeiter entweder nicht die richtigen Leute in die Ausschüsse gewählt haben, oder daß diese infolge Drucks von oben nichts zu sagen wagen. Abgesehen hiervon legen die Berichte der bayerischen Gewerbeaufsichtsbeamten wieder Zeugnis davon ab, daß der Tarifgedanke mar-schalliert. Möge man überall daraus die betreffende Lehre ziehen!

Badener Brief.

Das Zielbewußtsein der Genossen in Baden zeigt sich zurzeit wiederum in einem hellen Lichte. Die christlichen Gewerkschaften entfalten durch ganz Baden eine großzügige, einheitliche Propaganda zur Erhöhung des ortsüblichen Tagelohnes, auf die wir nach deren Beendigung noch zurückkommen werden. Insgesamt werden rund 150 Versammlungen veranstaltet. Nicht interessant ist nun das Verhalten der roten Brüder in den einzelnen Versammlungen. Während in Konstanz, Rastatt und anderen Orten dieselben für die beschäftigte Eingabe stimmten, haben sie in anderen durch Niederstimmung derselben ihrer grundsätzlichen Abneigung für Besserstellung des Arbeiterstandes Ausdruck gegeben. Nach den bis jetzt eingelaufenen Berichten zu schließen, haben es aber doch die Genossen in der Umgebung von Mannheim am tollsten getrieben. Dafür nur einige Belege.

In Wallstadt, wo dieselben mit einer öffentlichen Versammlung Fiasco gemacht hatten, äußerte der Einberufer der roten Versammlung bereits im Laufe des Nachmittags, daß, wenn er einmal einen die Karten schlage, es ihm auf 14 Tage nicht antomme. Hierauf suchte er in einer Wirtshaus über die Christlichen herzufallen und über diese zu schimpfen, was sich letztere verboten. Hieraus verlegte der rote Feld zwei Christliche mit dem Meißel derart, daß noch nichts ärztliche Hilfe notwendig wurde.

In Waghau bei Karlsruhe wurde nach einer Versammlung von den Roten ebenfalls eine Keilerei veranstaltet, wobei den Christlichen mit den Faustn tüchtig zugehakt wurde. Kollege Fremmel von Mannheim rettete sich nur vor solch brüderlichen Beweisen durch Rückzug.

Nach einer Versammlung in Biernheim, in der die Christlichen über 100 Neuaufnahmen gemacht hatten, wurde ein Arbeiter, der seine Mannheimer Kollegen zur Bahn begleitet hatte, von einem Genossen angefallen und in landsäblicher Weise mißhandelt.

In Waldhof erklärten sich die Genossen gegen die Eingabe um Erhöhung des ortsüblichen Tagelohnes und inzentrierten einen großen Tumult.

Zu Friedrichsfeld wurde nicht nur raboliert, sondern auch der Friedliche blutig geschlagen und gegen den Referenten, Koll. Leidenheimer-Mannheim, ein Wackstein geschleudert, der glücklicherweise sein Ziel verfehlte.

Auch in Schwetzingen verfuhrte man durch Töben und Schreien den Zweck der Versammlung zu vereiteln.

als 1. und Braute als 2. Kassierer, zu Schriftführern
 Hof und Ant. Vogl, als Revisoren Kinko, und Galter.
 Die Gewählten nahmen die Posten an und versprachen
 für die Agitation zu wirken. Nachdem noch die Miß-
 auf den Bauten besprochen waren und beschlossen war,
 Tagelohn im Verbandslohn anzubringen, fand die gut
 Versammlung ihren Abschluß.

Reinhof 6. Fulda, 10. März. Man schreibt uns: Seit einem
 Jahre herrscht hier auf der neugegründeten Baugewerkschaft
 ein reger Eifer. Die Arbeiter, Maurer, Zimmerer, Hilfsarbeiter
 von Reinhof und Umgebungs hatten, in der Nähe
 Beschäftigung zu finden, und machten, teilweise
 Forderung, auch bei etwa günstigen Lohn- und
 bedingungen nicht nach auswärts gehen zu müssen. Doch
 diese an sich berechtigten Forderungen sind in Erfüllung
 zu stellen, da unter den auf dem Reichertshausen
 ständigen Arbeitern heftiger Gegen die Unzufriedenheit über
 Verhältnisse und Behandlungsweise seitens der Unterbeamten
 herrscht. Vor einigen Monaten hörte man schon Klagen über
 die schlechte Behandlung der Arbeiter von Bohr-Schachtmeister
 Steigert. Man ist auch schon ein Lohnkonflikt entstanden,
 einer der im Abrechnungschaos in diesem Wasser und
 in sechsständiger Schichtarbeit beschäftigten Arbeiter
 Betriebsführer erkrankte, der Schichtlohn von 4 Mk. sei-
 erliche Arbeiter nicht genügend, wurde ihm die Antwort:
 habe ihn nicht gerufen! Die dadurch befreiten Arbeiter
 schickte einigten sich nun dahin, zur nächstfolgenden Schicht
 anzufahren — jedenfalls ein Fehler, da man erst durch
 Kommission mit dem Direktor hätte unterhandeln sollen.
 sofortige Kündigung war die ebenso vorzuziehende. Antwort
 vergewaltigt. Vor allem beklagten sich die Arbeiter mit Recht
 über, daß sie wochenlang über den Lohn im unklaren blieben,
 Schlag gezahlt wurde und ihnen bei Nachfrage über die
 des Lohnes bedeutet wurde. Das geht hier alles nach
 In einer von den christlichen Bauhandwerkern ein-
 gen Versammlung kam es zu einer öffentlichen Ause-
 in der ein „menschenfreundlicher“ Schachtmeister zwar
 sein war, aber auf Beschwerden gegen ihn sich nicht
 bereitwillig herließ. Seit der Versammlung soll es in
 Behandlung der Arbeiter etwas „gelinder“ geworden sein;
 behauptet und recht unwohl gehandelt ist es aber, daß
 bestehende jener Verhältnisse, Hillebrandt, der übrigens
 inder mäßig und sehr sachlich vorging, von dem Bau-
 schmier am Reichertshausen entlassen wurde. Eine Sonntag
 abende Versammlung, die von gut 200 Personen besucht war,
 ihren Protest darüber zum Ausdruck. Und gerade Kollege
 Brandt betonte dort, sachgemäß und korrekt vorzugehen
 durch eine Kommission vorstellig zu werden in Wünschen
 und der Arbeitsbedingungen. Den Namen „Christl.
 Demokraten“ verdienen jedenfalls die Versammlungs-Ein-
 er und Besucher nicht; sein gutes Recht, mit Kollegen zu
 gehen, ist jedenfalls doch noch christlich! — Allerdings blüht
 die Arbeiter, da bei solchen Auseinandersetzungen zu
 Reibung und Mißtrauen, kann, darauf hingewiesen werden,
 sie in ihren Ausdrücken maßvoll, für ihre vorgebrachten
 Forderungen auch stets mit Kollegen den Beweis zu liefern
 able sein müssen und nicht sofort den Weg der Gewalt
 ein, sondern durch friedliche Unterhandlung und gegen-
 seitige Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern ihre
 Forderungen, Wünsche, Klagen vorbringen und begründen. Dann
 die öffentliche Meinung auf Arbeitsebene sein und gerechte
 Forderungen umso eher erfüllt werden. Ein gesundes Arbeits-
 Verhältnisse kann unseres Erachtens auf die Dauer
 durch kontraktliche Vereinbarung, durch tarifliche Festlegung
 Lohn und des Stundenlohnes und sonstiger Regelun-
 gen. Es kann nicht als recht bezeichnet werden, wenn
 Unternehmer nach „Leistung“ die Arbeit, wie hier für einen
 Bilden. Maurer halb mit 86 oder 88, halb mit 40 Pf.
 Stunde Lohn — und die „Leistungsfähigkeit“ von dem Be-
 fähiger allein oft nach Wochen vor dem Bahntag festgesetzt
 Die Meinung über Arbeitsleistung und -fähigkeit ist
 über ruhig und sachlich denkenden, geschulten Arbeitern
 ganz andere! So etwas wird eben als Unrecht und Ver-
 empfunden. — Es folgen auch diese Vorgänge, wie wol-
 die gesellschaftliche Rechtfertigung der Organisation ist, um
 auch ein gesetzliches Mitbestimmungsrecht der Arbeiter
 in Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erhalten. Bei ge-
 sozialem — nicht an letzter Stelle —, vor allem christl.
 ist es klar, daß Anerkennung und Unterhandlung mit den
 in, tarifliche Regelungen nur zum besseren Auskommen
 zwischen Unternehmern und Arbeitern dienen müssen.
 heilige Gegen muß der Verband noch zuzunehmen und die
 schützigen“, bis jetzt noch nicht organisierten Arbeiter müssen
 christl. Verbände zugeführt werden.

Reinhof-Geismar. Endlich ist der langersehnte Wunsch der
 Kollegen in Erfüllung gegangen. 300—400 Bauhand-
 sind in dieser Gegend beschäftigt, ohne daß sie
 einer Organisation angehören. Die vielen Mißstände,
 hier vorherrschend sind, brauchen wir an dieser Stelle
 nicht anzuführen, denn da, wo die Arbeiter sich nicht
 menschenlieben, um die Mißstände zu beseitigen, wird es
 einzelnen erst recht nicht gelingen. So fand denn am
 im Gasthaus „zum Deutschen Kaiser“ eine Besprechung
 Gründung einer Baugewerkschaft, wozu die Kollegen von
 und Geismar, soweit sie Kenntnis von dem Vorhaben
 sich beteiligten. Die Kollegen Hoffmann und Jünger
 waren zu diesem Zweck erschienen. Kollege Jünger
 führte sodann über die Entstehung der Gewerkschaften
 allgemein wie die Entstehung der christlichen Gewerkschaften
 deren besondere Entwicklung im besonderen auf. Sodann
 er die harten Kämpfe, welche unsere Organisation seit
 Lebens bedrohten, aber da diese auf einem festen Funda-
 gebaut sei, ist sie auch jederzeit den Stürmen gewachsen.
 wies Redner auf die Arbeitgeberverbände hin, auf die
 Masse und dergleichen; man dürfe sich heut nicht mehr
 gute alte Zeit versehen. Heute, wo die Gefahr dem
 so nahe liegt und ganz besonders dem christlich-nationalen
 da jetzt es uns mehr notwendig, dieses Scham-
 zu vermeiden, indem man aufwache und sich der christl.
 nationalen Arbeiterbewegung anschließe. Mit spärlicher
 schiedlich lauthen die Anwesenden den Ausführungen
 zuhört. Nach Beendigung dessen wurde es den Kollegen
 über die Ausführungen auszusprechen, worauf
 Resolution zur einstimmigen Annahme gelangte: „Die
 Gasthaus „zum Deutschen Kaiser“ zu einer Besprechung
 Gründung einer Baugewerkschaft der Bauhandwerker
 und Hilfsarbeiter Deutschlands veranlassen, die
 Arbeiter und Arbeiter von Feilitz und Geismar sind
 Ausführungen des Vorredners einverstanden und er-
 mit dem Beitritt. Wodurch wurde zur Wahl des
 gewählt, welche sich folgendermaßen gestaltete:
 Vorstand: Jos. Buch, 2. Vorst. Konrad Kupf, 1. Kassierer
 Schriftführer: R. Kramer, Revisoren: R. Kurz
 Geismar. Koll. Hoffmann richtete sodann warme
 an den gewählten Vorstand, daß er jederzeit bestrebt
 überall im Interesse der Mitglieder zu wirken.
 am 17. Kollegen sofort aufnehmen und beschließen,
 in deren Verband zu arbeiten, damit die Zahl bis
 zu ersten Mitglieder-Versammlung am 18. März sich
 erhöhen, 18. März. Auch bei uns geht es vorwärts;
 bei uns in unserer Generalversammlung die Zahl
 Mitglieder stellen. Es ist das aber noch viel zu wenig,
 arbeiten hier eine bedeutende Anzahl Bauhandwerker
 und Hilfsarbeiter, die noch zu gewinnen, besonders

die Kollegen von Großkühn bei Fulda, die meist Kolonnen
 bilden. Sie meinen, wenn sie 2—4 Beiträge gezahlt hätten,
 dann müßte auch schon alles von selbst kommen. Dieser Stand-
 punkt ist ziemlich naiv und zeugt von Unkenntnis der Organi-
 sationsbestrebungen. Hauptsächlich dämmert auch bei diesen halb-
 in wirtschaftlicher Beziehung ist hier auch noch vieles zu bessern,
 denn die Reorganisation der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die
 voriges Jahr im Ruhrgebiet vorgenommen worden ist, hat
 wegen des leidigen Indifferentismus hier keine Wirkung ge-
 habt. Dazu kommt noch, daß von gegnerischer Seite so gerne
 Unkraut gegen uns gesät wird. Wir forderben voriges Jahr
 45 Pf. und die Freien hinter uns 48 Pf. Stundenlohn.
 Heute bestreiten sie dieses freiwillig, denn der Erfolg der Ein-
 einigkeit war, daß fast nichts erzielt wurde. Kollegen, seien
 wir eifrig an der Agitationsarbeit, damit auch wir den rh.-
 weisf. Tarif hier einführen können, es liegt nur an uns.

Es geht voran mit der christl. Gewerkschaftsbewegung
 auch in der **Sünderburger Heide**. Sonntag, den 18. März,
 fanden Bauhandwerker-Versammlungen in Schwarzmühle und
 in H. I. d. u. d. A. statt, welche trotz des schlechten Wetters
 gut besucht waren. Als Referenten waren die Koll. Windolph
 und Hildebrandt aus Hannover erschienen, welche in kurzen und
 klaren Worten den Anwesenden die Notwendigkeit der Organi-
 sation, insbesondere der christlichen vor Augen führten. Das
 Resultat war demnach auch ein gutes zu nennen. In beiden
 Orten traten sämtliche anwesenden Kollegen der Organi-
 sation bei und versprachen alle Gehel in Bewegung zu setzen, bis der
 letzte Mann sich angeschlossen hätte. Mit diesem Schritte ist
 die Heide für die christliche Gewerkschaftsbewegung geöffnet,
 welche in sich eine Fülle von Arbeitern birgt, welche noch ge-
 wonnen werden können für uns, da sie noch auf christlich-natio-
 nalen Boden stehen. Nur der richtige Fleiß und die Ausdauer
 muß daran gesetzt werden. Trotz der dummen Anrempelung
 im Glaubensbericht Hannover in Nummer 9 des „Grundstein“ wird
 die christliche Bauhandwerkerorganisation nicht aufgehoben, son-
 dern vorgehen. Es macht sich immer mehr bemerkbar, wie
 notwendig die zweite Kraft im Bezirk Hannover ist, die sich gut
 behaupten würde. Wie steht es mit dem Beschluß der
 Bezirkskonferenz, Poststellen zu errichten?

Ostfeld. Unsere am 17. März, abends 8 1/2 Uhr, abge-
 haltene Generalversammlung war verhältnismäßig gut besucht.
 Kollege Talpa erstattete den Jahresbericht; es wurden abge-
 halten: drei öffentliche, eine außerordentliche, sowie alle 14
 Tage eine Mitglieder-Versammlung. Nachdem erstattete der Kas-
 sierer den Kassenbericht: An Einnahmen der Hauptkasse waren
 zu verzeichnen 585,05 Mk.; an Ausgaben 168,38 Mk., an die
 Hauptkasse geschickt wurden 417,27 Mk. Die Einnahmen der
 Lokalkasse betrugen 146,38 Mk., die Ausgaben 116,02 Mk., mit-
 hin bleibt Bestand 30,36 Mk. Der Kassenbericht wurde von
 den Revisoren als richtig erklärt und auf deren Antrag dem
 Vorstande Entlastung erteilt. Das Ergebnis der Vorstandswahl
 war folgendes: erster Vorsitzender Franz Talpa, zweiter
 M. Hüber; erster Kassierer Herr Klammer, zweiter Wilh. Kai;
 erster Schriftführer Joh. Müller, zweiter Schabanski. Zu Revi-
 soren gewählt wurden die Kollegen Maximus und Horn. Kollege
 Talpa ermahnte die Kollegen, tüchtig zu agitieren; bis auf
 den letzten Mann müßten alle unserem Verbande beitreten.
 Er wies darauf hin, daß die große Ausperrung im rheinisch-
 westfälischen Industriegebiete voriges Jahr eine große Summe
 Geld verschlungen hätte und dieses durch den Opfermut der
 Kollegen wieder gut gemacht werden müsse, um weitere Ziele
 zu erreichen. Mit einem Hoch auf die christliche Gewerkschaft
 erfolgte um 11 Uhr Schluß der Versammlung.

Marienburg, 18. März. Kein Mittel so schlecht, es ist
 uns recht! Das ist die bekannte Parole der sozialdemokratischen
 Gewerkschaften, wenn es heißt, die „bösen Christlichen“ zu be-
 kämpfen. Dieses mußten wieder einmal unsere hiesigen Kol-
 legen, die in Lohnbewegung stehen, erfahren. Schon im De-
 zember v. J. wurde seitens der hiesigen sozialdemokratischen
 Maurer beschlossen, statt der 11stündigen Arbeitszeit und einem
 Stundenlohn von 40 Pf., eine 10stündige Arbeitszeit und einen
 Stundenlohn von 45 Pf. zu fordern. Im Januar d. J. nahmen
 auch wir, weil die „Alleinberechtigten“ uns einfach ignorierten,
 Stellung zu unserer Lohnfrage und beschloffen die 10stündige
 Arbeitszeit und einen Stundenlohn für Maurer von 45; und
 für Zimmerer 43 Pf. zu fordern. Der jetzige Lohn beträgt
 für Maurer 40, einzelne erhalten 41 und 42, für Zimmerer
 38 Pf. Raum hatten wir unsere Lohnforderung festgelegt, da
 erfahren wir, es wollten auch die Sozialdemokraten ihre Forde-
 rung erhöhen, um den Mitgliedern sagen zu können, sie leisteten
 mehr wie die Christlichen. Unbekümmert ob solcher Abneigung,
 reichten wir unsere Forderung ein, mußten aber recht bald
 von den Arbeitgebern erfahren, daß die Sozialdemokraten eine
 Forderung, allerdings eine weit geringere als wir, eingereicht
 hätten, und wurden wir daher von den Unternehmern als
 schämlinger wie die Genossen bezeichnet. Da aber unsere For-
 derung laut der heutigen teuren Lebensmittelpreise absolut
 minimal war, glaubten wir, obwohl wir unsere hiesigen Genossen
 schon sehr viel zutrauen, an so etwas nicht. Am 18. d. M.,
 wo unsere Lohnkommission bei dem hiesigen Obermeister der
 Bauinnung vorstellig war, eröffnete dieser bescheiden, daß die
 sozialdemokratischen Verbände bedeutend weniger gefordert
 hätten als wir; nämlich für Maurer 42 Pf. und für Zimmerer
 40 Pf. pro Stunde. Das bedeutet gegen den jetzigen Lohngelohn
 ein weniger pro Tag von 20 Pf. für Maurer und 18 Pf. für
 Zimmerer. Mit lächerlicher Miene erklärte der Obermeister:
 die Lebensbedingungen und speziell die Fleischpreise seien frei-
 lich erheblich gestiegen, daher werden wir die Forderung der
 sozialdemokratischen Verbände anerkennen. Warum haben diese
 wahren Arbeitvertreter, diese erbärmliche Handlung vollführt,
 und ohne Skrupel hunderte von Familien in noch mehr Not
 und Elend gestürzt? Nur weil sie bei den Unternehmern
 Liebling sein wollen, und speziell, um die verhassten Christlichen
 in den Augen der Unternehmer zu verächtlichen. Nun, ihr
 Ziel haben diese „Gelben“ nicht erreicht, denn die hiesigen
 Unternehmer kennen ihre Pappentelme schon, auch wenn sie
 masochist kommen. Mit den Bauhandwerkern und überhaupt den
 Arbeitern wird es nun liegen, daß sie diese Leute, die ihnen,
 nur um ihre verbohrte Kampfeslust bekümmert zu können,
 eine Lohnreduzierung verschafften, zum Moosberg sagen und
 ihnen den verdienten Lohn geben. Dieses können sie,
 wenn sie sich dem christlichen Verbände anschließen, der nicht
 die Arbeiter zu Revolutionären erzieht, sondern praktische Ar-
 beiterpolitik treibt und mit Nachdruck die wirtschaftliche Lage
 der Arbeiter vertritt.

Münster. Unsere Lohnbewegung für 1906 ist glücklich be-
 endet. Der hiesige Ortsverband der Arbeitgeber hatte sich schon
 im Laufe des vergangenen Jahres dem rheinisch-westfälischen
 Arbeitgeberbunde angeschlossen. Als unserseitig mit dem 1. Januar
 nun der bisherige in Jahre 1904 abgeschlossene Tarifvertrag
 gekündigt und ein neuer Entwurf dem Arbeitgeberbunde unter-
 breitet wurde, übernahm letzterer die Regelung dieser Fragen
 dem im vergangenen Jahre geschaffenen Einigungsamt in
 Essen. Wir unserseitig schlossen uns diesem Antrage des Orts-
 verbandes der Arbeitgeber an. Am 12. März hielt das Ein-
 igungsamt nur eine Sitzung zwecks Regelung dieser Frage im
 Hotel Monopol in Münster, ab. An den Verhandlungen nah-
 men außer den ständigen Mitgliedern des Einigungsamtes, zu
 welchen die Kollegen Schmidt und Werner, Bochum, von un-
 serer Organisation gebildet, weiter teil, je ein Vertreter der
 christlich und frei organisierten Maurer, Zimmerer und Bau-
 hilfsarbeiter aus Münster, des weiteren unser Bezirksleiter,
 Kollege Jünger, Essen, und unser Generalsekretär,

Kollege Wiedberg, Berlin. Das Resultat der Verhandlung kann
 man kurz dahin zusammenfassen, daß man sagt, Münster wurde
 in das rheinisch-westfälische Tarifgebiet eingegliedert. Der Er-
 folg für die Münsterischen Kollegen besteht darin, daß mit dem
 1. April dieses Jahres an Stelle der bisher üblichen 10 1/2stün-
 digen Arbeitszeit die 10stündige tritt. Der Stundenlohn beträgt
 für Maurer und Zimmerer ab 1. April 49 Pf. (bisher 45 Pf.),
 für Hilfsarbeiter 40 Pf. (bisher 35 Pf.); ab 1. April
 1907 für Maurer und Zimmerer 51 Pf., für Hilfsarbeiter
 42 Pf. Eine am 16. März stattgefundene kombinierte Mit-
 glieder-Versammlung erklärte sich für Annahme des Tarifes. Es
 wurden zwar in der Versammlung einige Stimmen laut, welche
 diese oder jene bisherige Vergünstigung in dem neuen Ver-
 trage vermissen, angesichts der Dinge, wie sie nun einmal lie-
 gen, erklärten sich jedoch alle Anwesenden mit dem Vertrage
 einverstanden. Am besten haben bei der Vertragsschließung die
 für Bauhilfsarbeiter abgeschnitten. Es wurde in der
 Versammlung am 16. März dann auch besonders hervorge-
 hoben, daß dieses dem entschiedenen Eintreten des Kollegen
 Werner zuzuschreiben sei. Die Kollegen von Münster haben auf
 friedlichem Wege wesentliche Verbesserungen ihrer Verhältnisse
 erreicht, mögen sie die nächsten beiden Jahre des wirtschaftl.
 Friedens nun dazu benutzen, die Organisation nach innen
 und außen zu befestigen.

Dandau, 19. März. Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am
 Sonntag, den 18. März, ihre diesjährige Generalversammlung,
 welche sehr gut besucht war, ab. Der Vorsitzende gab zunächst
 einen kurzen Überblick über das vergangene halbe Jahr, das
 reich an Arbeit war; aber noch reicher sind die Erfolge, die
 wir aufzuweisen haben. Das ist ein Zeichen, daß die Genossen,
 trotz der vielen Verleumdungen, uns Christliche nicht herunter-
 brachten, sondern uns noch verhassten, in die Höhe zu kom-
 men, so daß sich unsere Mitgliederzahl auf das Vierfache er-
 höhte. Gewiß schöne Erfolge. Vom 1. Juli 1905 ab haben
 neun Mitglieder und zwei öffentliche Versammlungen statt-
 gefunden. In schriftlichen Arbeiten sind ausgegangen 158 Briefe,
 133 Postkarten, zwei Telegramme, 27 Druckfächer. Eingegangen
 sind 129 Briefe, 116 Postkarten und 18 Druckfächer. Nachdem
 der Vorsitzende den Kollegen für die Mithilfe in der Ver-
 waltungsstelle gedankt hatte, forderte er die Kollegen auf, sie
 möchten auch in diesem Jahre wieder zusammen helfen, dann
 werden die weiteren Erträge nicht ausbleiben. Kassierer Kollege
 Fuhrmann gab dann bekannt, daß die Einnahmen im letzten
 halben Jahre 867,80 Mark und die Ausgaben 303,05 Mark
 betragen. Nachdem die Abrechnungen von den Kollegen ein-
 gesehen waren, wurde dem Kollegen Fuhrmann von dem Vor-
 sitzenden im Namen der Kollegen Decharge erteilt. Hierauf
 wurde zur Neuwahl übergeschritten. Es wurden gewählt: Lub-
 wig Nagelbinger als erster, Michel Jörg als zweiter Vorsitzen-
 der (neu), Johannes Fuhrmann, erster Kassierer, Philipp Mathä,
 Schriftführer (neu). Als Revisoren: M. Mathä, Joh. Mathä, L.
 Schneider, Johann, Martin Kilm, Julius Demer, Andreas
 Müller und Jean Raab. Als Beisitzer: Johann Mathä 2.,
 Balthasar Meißner, Franz Michel. In die Schlichtungskommission
 wurden Anton Schuster und Johannes Stein 2. gewählt. Der Ar-
 beitsnachweis wurde Johannes Fuhrmann, Nagelgartenstr. 8
 in Dandau, übertragen. Nachdem die Wahl von sämtlichen
 Kollegen angenommen wurde, dankte Kollege Nagelbinger den
 Kollegen für das Vertrauen, das sie ihm als ersten Vorsitzen-
 den geschenkt haben. Dann ermahnte er die Kollegen, daß sie
 keiner Versammlung fernbleiben möchten, denn nur durch
 engen Zusammenschluß können wir das gesteckte Ziel erreichen.

Niederbrechen, 19. März. Wir hielten heute unsere Mit-
 glieder-Versammlung ab. Dieselbe war nicht vollständig, da in
 Limburg eine öffentliche Versammlung stattfand und eine Anzahl
 Kollegen dahingegangen war. Unter anderem wurde angeführt:
 Wer No. 7 und 8 der „Baugewerkschaft“ gelesen hätte und nicht
 richtig orientiert ist über unsere Zustände, der glaubt, Nieder-
 brechen schlafe für die Gewerkschaft. Dem ist nicht so. Auf
 den „famosen Bericht“, der auch von Unterführungen für unsere
 Kollegen W. Schneider und B. Schütz schrieb, erklären wir,
 daß die betreffenden Kollegen die zugebotene Unterstützung dankend
 ablehnten. Dem Kassenbericht ist zu entnehmen: Mitglieder-
 zahl 108; Jahres-Einnahme 1959,32 Mk.; an die Zentrale ab-
 gegeben 1435,61 Mk.; Einnahme der Lokalkasse 469,61 Mk., Aus-
 gaben 252,90 Mk., Bestand der Lokalkasse 216,71 Mk. — Fol-
 gende Poststellen sind gegründet worden: Birges, Weidenhahn,
 Niederbrechen, Billmar, Oberbrechen, Oberbrechen, Artur, Elz. Ob-
 wohl die Namen der Kollegen W. Schneider und Jakob Eisen-
 bach sehr selten zu lesen gewesen sind, bleiben sie doch die
 Mitbegründer dieser Poststellen. Auch von den „Genossen“ können
 unsere Kollegen reden, denn es sind Muttergenossen. Sie sind
 auf der Baustelle radikal und wollen die Christlichen unter-
 suchen, ob sie nicht etwa kirchlich geeignete Sachen bei sich
 führen, und zum Fronleichnamstage fahren diese Muttergenossen
 heim und tragen den „Himmel“! Kaffeeack in die Kleider der
 Christlichen stecken, Kassen demolieren, Briefe an Unternehmer
 schreiben, die Christlichen sind Fugger, minderwertig, auch dem
 Christenmenschen den Schluß abhandeln usw. Solcher Mittel
 bedient sich der sozialdemokratische Verband der Maurer Deutsch-
 lands! Am Bau übertölpelt sie ihre eigenen Genossen. So
 hieß es kürzlich: Schreibe deinen Namen, wir stellen nur fest,
 wie viel Leute am Bau beschäftigt sind. Die Unterführer
 schrieben ihren Namen darunter. Aber der Zweck war, die
 bösen Christlichen, wenn es nicht fehl schlägt, broilos zu machen.
 Aber andere eine Grube gräbt, fällt selbst hinein. Es ist sehr
 geschlagen! Unsere Kollegen sind nicht so christlich, daß sie
 sich auf einen Baden schlagen lassen und auch den anderen
 einfallen. Sie sehen den Hüttmannslügnern nicht nur aufs
 Maul, sondern auch auf die Fäuste!

Aus andern Gewerkschaften.

Die sozialdemokratisch organisierten Stukkateure in Rhein-
 land und Westfalen werden nervös. Schon längst haben sie
 den Antrag gestellt um Freistellung eines Beamten im Westen,
 vergeblich, der Hauptvorstand hat keine — Ohren. Vielleicht
 steht auch sonst noch was! Neuerdings hatten die westlichen
 Stukalen wieder eine Konferenz in Elberfeld, wo über die wenigen
 Agitationsmittel und Kräfte gesammelt wurde; während die
 Christlichen überall vordrängen. Der Hauptvorstand in Ham-
 burg hatte die Konferenz zu hintertreiben versucht, wofür,
 für seine Nichtbeteiligung ihm übel mitgespielt wurde. Der frei-
 zu stellende Gauleiter wurde als „Gegendrud“ gegen die Agi-
 tation unseres Verbandes bezeichnet. Im übrigen stand die
 Konferenz auf sehr rückwärtigem Standpunkte, was insbesondere
 aus dem geringen Opferwillen hervorgeht. Unseren Stukka-
 teuren möge das Gemurmel der „Genossen“, die sonst immer
 erzählen, die Christlichen haben keine Bedeutung, ein Ansporn
 sein zu tüchtiger Agitationsarbeit, besonders jetzt im Früh-
 jahr. — Der Vorsitzende des sozialdemokratischen Stukkateu-
 rerverbandes, Odenthal-Hamburg, hat einmal wieder seine Offener
 Getreuen tüchtig belogen. So hat er in einer Offener Mit-
 glieder-Versammlung am 17. März erzählt, die christlich-orga-
 nisierten Stukkateure zählten im Rheinland und Westfalen noch
 keine 500. Wir verweisen unsere Kollegen auf den Jahres-
 bericht der Stukkateure in Nr. 5 der „Baugewerkschaft“, wo
 am Schluß des dritten Quartals 1905 900 zahlende Mitglieder
 verzeichnet sind. Hauptsächlich geht es Odenthal nicht wieder
 so mit seiner Lüge wie 1904 in Essen. Er hatte in Mün-
 ster t. G. in einer Versammlung behauptet, unsere Offener
 Stukkateure zählten bei dem Unternehmer-Gebäude ge-

